

Stand: 14. November 2019

## Landtagswahl 2019 - Fragen

Werden Sie als Regierungs- oder Oppositionspartei im Landtag Anträge einbringen, dass:

1. Eltern und Angehörige eines gehörlosen, hochgradig schwerhörigen oder taubblinden Kindes, die ihr Kind bilingual-bimodal (ÖGS und Deutsch) erziehen wollen, regional bedarfsdeckend finanziell unterstützt werden indem Sprachkurseangebote in ÖGS zur Verfügung gestellt werden?
2. Pädagog\*innen eine Sprachkompetenz in ÖGS auf B2 Niveau verpflichtend erwerben müssen? (→ siehe Informationen)
3. die Unterstützung der bilingualen Bildung in jedem Fall gegeben ist, auch wenn z.B. eine Familie ihr Kind in eine andere Bildungseinrichtung als das Förderzentrum für Hör- und Sprachbildung am Standort Rosenberggürtel in Graz schicken möchte und dafür eine bedarfsorientierte Unterstützung durch den Einsatz von Gebärdensprachdolmetscher\*innen sichergestellt werden muss?
4. ein landesweiter, einheitlicher, bedarfsgerechter und einkommensunabhängiger Inklusionsfonds eingeführt wird, um unter anderem die Kostenübernahme von Dolmetschung in ÖGS in allen Lebenslagen sicherzustellen?
5. ein barrierefreier Zugang zu den Sendungen des ORF Landesstudios Steiermark, wie bspw. „Steiermark heute“, mit Untertitelung und Einblendung von Gebärdensprachdolmetscher\*innen ermöglicht wird?
6. Förderhilfen für österreichische Filme allgemein sowie speziell für Kinofilme gewährt werden, wenn mindestens eine Fassung des Films barrierefrei (jeweils mit Untertiteln und mit Audiodeskription) hergestellt wird? (→ siehe Informationen)
7. Ermäßigungen für den öffentlichen Verkehr (ÖBB und Verbundlinie Steiermark) und eine barrierefreie Informationsweitergabe via Infoscreen in den öffentlichen Verkehrsmitteln in Graz (Untertitelung und Einblendung von Dolmetscher\*innen) sichergestellt werden?
8. allen gehörlosen und hörbeeinträchtigten Steirer\*innen ein barrierefreier Zugang zu den Landtagssitzungen ermöglicht wird, indem auch die Dolmetscher\*innen im Landtag über den Livestream zu sehen sind?

9. die Implementierung von visuellen Alarmsignalen (z.B. Rauchmelder mit Lichtsignal bzw. Blitzlicht) in Einkaufszentren und öffentlichen Gebäuden sichergestellt wird?
10. die Mitbestimmung des Steirischen Landesverbandes der Gehörlosenvereine im ÖGLB sichergestellt ist, indem Selbstvertreter\*innen als Expert\*innen bei allen Entscheidungen, die auch Auswirkungen auf gehörlose bzw. hörbeeinträchtigte Menschen haben, einzuladen und anzufragen sind?
11. die Möglichkeit an der kulturellen Teilhabe durch den Einsatz und die Finanzierung von Gebärdensprachdolmetschkosten bei öffentlichen Veranstaltungen besteht?
12. die Sicherstellung einer Gebärdensprachdolmetschung in allen Krankenanstalten in der Steiermark gewährleistet wird?
13. der barrierefreie Zugang zur europäischen Notrufnummer 112 via SMS in Österreich hergestellt wird? ( → siehe Informationen)
14. die Möglichkeit der Weiterbildung, egal ob beruflich oder privat, inkl. der Finanzierung der Gebärdensprachdolmetschkosten sichergestellt ist?

### **Informationen zu Fragen:**

**2.** Da gehörlose, hochgradig schwerhörige und taubblinde Kinder Recht auf qualitative Bildung haben, müssen Lehrpersonen entsprechende Sprachkompetenz in ÖGS vorweisen können.

**6.** Die Bestimmungen der Richtlinie 2010/13/EU und Richtlinie 2018/1808 gelten sowohl für lineare Mediendienste (private und öffentlich-rechtliche Fernsehveranstalter) und non-lineare Mediendienste (z.B. Flimmit) auf Abruf. Alle Mediendienste haben ohne unangemessene Verzögerung dafür zu sorgen, ihre Dienste schrittweise für seh- und hörbehinderte Menschen zugänglich zu machen. Die Mittel der Barrierefreiheit umfassen u.a. Gebärdensprache, Untertitelung und Audiodeskription (Erwägungsgrund 23). Die Verpflichtung ist jetzt strenger als zuvor und enthält mehr Bestimmungen (Artikel 7 Absatz 1 der Richtlinie 2018/1808). Mediendienste werden verpflichtet, regelmäßig Bericht über die Umsetzung zu erstatten (Artikel 7 Absatz 2).

**13.** Wer in Österreich versucht, eine SMS an die europaweite Notrufnummer 112 zu schicken, um die Polizei, die Feuerwehr, die Rettung oder Bergnotruf zu alarmieren, wird derzeit keine Hilfe erwarten können.

# Landtagswahl 2019 - Antworten

## ÖVP – Neue Volkspartei

Sehr geehrte Mitglieder des Vorstandes,

Im Auftrag von Klubobfrau LAbg. Barbara Riener darf ich Ihnen folgende Antwort auf die untenstehende Anfrage übermitteln:

**Vielen Dank für die Übermittlung Ihrer Fragen, die zugleich auch Verbesserungsvorschläge für bestimmte Lebensumstände gehörloser und hörbeeinträchtigter Steirerinnen und Steirer in der Steiermark darstellen.**

**Auch möchten wir Ihnen hiermit ein herzliches „Danke“ für Ihren engagierten und wertvollen Einsatz für eine Vertretung der Anliegen dieser Menschen aussprechen!**

**Letztendlich ist es auch unser Ziel, die allgemeinen Lebensbedingungen – für alle Menschen in der Steiermark und somit auch für die Gehörlosen und Hörbeeinträchtigten – stetig zu verbessern.**

**Bereits vorhandene Gegebenheiten sollten regelmäßig überprüft und bei Bedarf auch weiterentwickelt werden.**

**Hinsichtlich Ihrer aufgeworfenen Fragen bzw. Verbesserungsvorschläge teilen wir Ihnen daher sehr gerne mit, dass wir diese in die nächste Legislaturperiode mitnehmen und unter Berücksichtigung aller relevanten Begleitumstände auch mitbedenken werden, da wir nach unseren Möglichkeiten auch immer um Optimierungsprozesse bemüht sind!**

Mit freundlichen Grüßen

**1. Eltern und Angehörige eines gehörlosen, hochgradig schwerhörigen oder taubblinden Kindes, die ihr Kind bilingual-bimodal (ÖGS und Deutsch) erziehen wollen, regional bedarfsdeckend finanziell unterstützt werden indem Sprachkurseangebote in ÖGS zur Verfügung gestellt werden?**

**SPÖ:** Ja, unter Berücksichtigung der regionalen Gegebenheiten und Angebote

**FPÖ:** Wir können diese Forderung unterstützen, zumal sich die FPÖ seit jeher für eine Stärkung der regionalen Strukturen einsetzt, wozu zweifelsohne auch die bedarfsgerechte Unterstützung von Menschen mit Beeinträchtigung zählt.

**NEOS:** Keine Antwort erhalten.

**GRÜNE:** Dass eine zweisprachige Erziehung für gehörlose und hochgradig schwerhörige oder taubblinde Kinder für deren weitere Sprachentwicklung essentiell ist, steht außer Frage. Eine finanzielle Unterstützung sowie Förderung von Angeboten für ÖGS-Sprachkurse wären folglich umso wichtiger. Im Landtag möchten wir uns auch dafür einsetzen, um eine bilingualbimodale Erziehung gewährleisten zu können.

**KPÖ:** Ja.

**2. Pädagog\*innen eine Sprachkompetenz in ÖGS auf B2 Niveau verpflichtend erwerben müssen? (→ siehe Informationen)**

**SPÖ:** Nein, wenn verpflichtend.

**FPÖ:** Wir werden uns mit dieser Frage gründlich auseinandersetzen, sehen hier allerdings in erster Linie die Landesregierung gefordert, da derartige Änderungen nur in Absprache mit Bundes- und Landesbehörden geschehen sollten bzw. können.

**NEOS:** Keine Antwort erhalten.

**GRÜNE:** Barrieren auf kommunikativer und damit einhergehend auch auf sozialer Ebene stellen für gehörlose, hochgradig schwerhörige und taubblinde Kinder in den Bildungseinrichtungen leider noch nach wie vor große Probleme dar. Die UN-Behindertenrechtskonvention fordert daher die Vertragsstaaten dazu auf, Maßnahmen zur Einstellung von Lehrkräften mit geeigneten Qualifikationen und ausreichenden Kompetenzen in der Österreichischen Gebärdensprache (auf Sprachniveau B2), zu ergreifen. Diese Forderung werden wir Grüne im Landtag unterstützen, um so auch gehörlosen, hochgradig schwerhörigen und taubblinden Kindern einen barrierefreien Zugang zu Bildung erleichtern zu können.

**KPÖ:** Ja.

**3. die Unterstützung der bilingualen Bildung in jedem Fall gegeben ist, auch wenn z.B. eine Familie ihr Kind in eine andere Bildungseinrichtung als das Förderzentrum für Hör- und Sprachbildung am Standort Rosenbergürtel in Graz schicken möchte und dafür eine bedarfsorientierte Unterstützung durch den Einsatz von Gebärdensprachdolmetscher\*innen sichergestellt werden muss?**

**SPÖ:** Ja, jedoch bestehen für behinderungsbedingte Bedarfe bereits jetzt ein Rechtsanspruch gemäß StBHG.

**FPÖ:** Auch in dieser Frage sehen wir in erster Linie die Landesregierung gefordert, da derartige Änderungen nur in Absprache mit Bundes- und Landesbehörden geschehen sollten bzw. können.

**NEOS:** Keine Antwort erhalten.

**GRÜNE:** Bereits 2016 forderten die Grünen noch im Nationalrat gleiche Chancen für alle Kinder und damit einhergehend die Etablierung von ÖGS als Unterrichtssprache und als eigenes Unterrichtsfach. Zum Zeitpunkt dieser Forderung wurde erhoben, dass von rund 10.000 Gehörlosen in Österreich nur rund 100 eine Matura und lediglich 30 einen Hochschulabschluss hatten – Zahlen, die jene Barrieren verdeutlichen, die Menschen mit Beeinträchtigungen leider nach wie vor im Bereich der Bildung vorfinden. Um dies in Zukunft zu ändern und Weiterbildung endlich auch für hörgeschädigte und hörbeeinträchtigte Kinder in jeder Bildungseinrichtung ermöglichen zu können, halten wir nach wie vor an unseren Forderungen fest: Bildung soll für jede und jeden barrierefrei zugänglich sein. Dafür setzen wir uns ein!

**KPÖ:** Ja.

**4. ein landesweiter, einheitlicher, bedarfsgerechter und einkommensunabhängiger Inklusionsfonds eingeführt wird, um unter anderem die Kostenübernahme von Dolmetschung in ÖGS in allen Lebenslagen sicherzustellen?**

**SPÖ:** Nein, zuvor müsste noch im Detail geprüft werden.

**FPÖ:** Wir sehen diese Anregung positiv, wobei die finanziellen Möglichkeiten der Öffentlichen Hand selbstverständlich berücksichtigt werden müssen.

**NEOS:** Keine Antwort erhalten.

**GRÜNE:** Um einer Benachteiligung von Menschen mit besonderen Bedürfnissen entgegenwirken zu können, braucht es ein breiteres Angebot zur finanziellen Unterstützung bei Beanspruchung eines/einer Dolmetschers/Dolmetscherin. Eine Übernahme des finanziellen Mehraufwandes durch das Land Steiermark für eine barrierefreie Teilnahme an Veranstaltungen des öffentlichen Interesses sowie an essentiellen individuellen Aktivitäten werden wir Grüne im Steirischen Landtag jedenfalls unterstützen.

**KPÖ:** Ja.

**5. ein barrierefreier Zugang zu den Sendungen des ORF Landesstudios Steiermark, wie bspw. „Steiermark heute“, mit Untertitelung und Einblendung von Gebärdensprachdolmetscher\*innen ermöglicht wird?**

**SPÖ:** Ja.

**FPÖ:** Leider sehen wir hier keine Zuständigkeit des Landes Steiermark gegeben.

**NEOS:** Keine Antwort erhalten.

**GRÜNE:** Wenn man bedenkt, dass in Österreich rund 500.000 Menschen eine Hörbehinderung haben, gehörlos oder taubblind sind, ist es zusätzlich noch ein Stück weniger nachvollziehbar, dass die Untertitelung von Inhalten des öffentlichen Rundfunks rückläufig ist, nutzen doch rund 70 % aller Gehörbeeinträchtigten die Services der ORF-Untertitelung. Eine breitere Etablierung von Gebärdensprache, Untertitelung und Audiodeskription zu Sendungen des ORF und somit die Gewährleistung eines barrierefreien Zugangs zu Informationssendungen wie „Steiermark heute“ wird von den Grünen im Landtag jedenfalls Unterstützung finden.

**KPÖ:** Ja.

**6. Förderhilfen für österreichische Filme allgemein sowie speziell für Kinofilme gewährt werden, wenn mindestens eine Fassung des Films barrierefrei (jeweils mit Untertiteln und mit Audiodeskription) hergestellt wird? (→ siehe Informationen)**

**SPÖ:** Ja.

**FPÖ:** Wir halten dies für eine gute Idee und werden diese weiterverfolgen.

**NEOS:** Keine Antwort erhalten.

**GRÜNE:** In diesem Bereich hat Österreich noch einiges nachzuholen. In Ländern wie beispielsweise Deutschland gibt es bereits ebensolche Richtlinien für die Untertitelung von Filmen sowie auch Förderhilfen für Filmfassungen, die barrierefrei sind. In Österreich gibt es noch keine verbindlichen Richtlinien diesbezüglich, eine Untertitelung und somit auch die Barrierefreiheit im Kino, stellt nach wie vor lediglich eine fakultative Option dar. Wir Grüne möchten auch auf Landesebene eine gezielte Förderung von steirischen Filmen unterstützen, sofern davon auch eine barrierefreie Fassung (Untertitelung und Audiodeskription) hergestellt wird.

**KPÖ:** Ja.

**7. Ermäßigungen für den öffentlichen Verkehr (ÖBB und Verbundlinie Steiermark) und eine barrierefreie Informationsweitergabe via Infoscreen in den öffentlichen Verkehrsmitteln in Graz (Untertitelung und Einblendung von Dolmetscher\*innen) sichergestellt werden?**

**SPÖ:** Ja.

**FPÖ:** Dies ist eine Frage, die nur in Zusammenarbeit zwischen Gemeinden, Land und Bund behandelt werden kann. Wir stehen derartigen Unternehmungen allerdings positiv gegenüber.

**NEOS:** Keine Antwort erhalten.

**GRÜNE:** Wir Grüne setzen uns besonders in der Steiermark für den Ausbau des öffentlichen Verkehrs ein, der barrierefreie Mobilität für jede und jeden garantieren soll sowie auch für die Leistbarkeit der Nutzung ebendieser, denn der Umstieg auf öffentliche Verkehrsmittel ist ein wesentlicher Schritt zur Klimarettung. Gleichzeitig soll die Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel natürlich auch leistbar für die Nutzerinnen und Nutzer sein – weshalb wir auch die Einführung eines 365-Euro-Tickets für den gesamten öffentlichen Verkehr in der Steiermark fordern. Die Forderung, die 50 %-Ermäßigung für Menschen mit Behinderung, welche bei den ÖBB momentan lediglich auf Einzeltickets und beim Verbund ausschließlich auf Stunden- und 24-Stunden-Karten gilt, auch auf Wochen-, Monats-, Halbjahres- und Jahreskarten auszuweiten, werden wir natürlich unterstützen. So soll auch für Menschen mit Beeinträchtigungen eine häufige Nutzung der Öffis leistbar und attraktiv gestaltet werden. Um eine barrierefreie Nutzung öffentlicher Verkehrsmittel auch für gehörlose und schwerhörige Menschen gewährleisten zu können, soll im Zuge der von uns geforderten Ausbauoffensive auch sichergestellt werden, dass wichtige Fahrgastinformationen, die bisher meist nur über Durchsagen verbreitet wurden, künftig zusätzlich in schriftlicher Form auf den Bildschirmen und Infoscreens in Zug, Bim und Bus zu lesen sein sollen.

**KPÖ:** Ja.

**8. allen gehörlosen und hörbeeinträchtigten Steirer\*innen ein barrierefreier Zugang zu den Landtagssitzungen ermöglicht wird, indem auch die Dolmetscher\*innen im Landtag über den Livestream zu sehen sind?**

**SPÖ:** Ja.

**FPÖ:** Wir halten dies für eine gute Idee und werden diese gerne weiterleiten.

**NEOS:** Keine Antwort erhalten.

**GRÜNE:** Das Recht auf Information soll auch in Bezug auf das politische Geschehen gelten. Daher wollen wir uns dafür einsetzen, mittels unmittelbarer Dolmetschung durch eine/n Gebärdensprachdolmetscher/in auch die Sitzungen des Steirischen Landtags für jede und jeden hörbeeinträchtigte/n Interessierte/n barrierefrei zugänglich zu machen. Der burgenländische Landtag zeigt, dass dies problemlos funktionieren kann: Seit 19. September 2019 sitzt dort nämlich in den Landtagssitzungen auch eine Gebärdensprachdolmetscherin, die bei der Übertragung der Sitzungen im Internet zu sehen ist.

**KPÖ:** Ja.

**9. die Implementierung von visuellen Alarmsignalen (z.B. Rauchmelder mit Lichtsignal bzw. Blitzlicht) in Einkaufszentren und öffentlichen Gebäuden sichergestellt wird?**

**SPÖ:** Ja.

**FPÖ:** Wir werden uns mit dieser Thematik gerne auseinandersetzen. Prinzipiell unterstützen wir jedoch klarerweise Bestrebungen, die eine Verbesserung der Sicherheitslage für Menschen mit Beeinträchtigung bedeuten.

**NEOS:** Keine Antwort erhalten.

**GRÜNE:** Alarmierung und Notfallkommunikation für gehörlose und hochgradig schwerhörige Menschen sollte in deren Arbeits- und Bewegungsumfeld unbedingt barrierefrei gestaltet werden, um eine unmittelbare Alarmierung in einem Notfall auch für gehörbeeinträchtigte Menschen gewährleisten zu können. Zu akustischen Warnsignalen gibt es bereits zahlreiche ausgereifte Alternativen, die auch von tauben Menschen oder Menschen mit Hörbeeinträchtigungen wahrgenommen werden können. Wir Grüne werden dafür stimmen, dass ebensolche an den erforderlichen Orten angebracht werden und somit eine barrierefreie Alarmierung ermöglicht wird.

**KPÖ:** Ja.

**10. die Mitbestimmung des Steirischen Landesverbandes der Gehörlosenvereine im ÖGLB sichergestellt ist, indem Selbstvertreter\*innen als Expert\*innen bei allen Entscheidungen, die auch Auswirkungen auf gehörlose bzw. hörbeeinträchtigte Menschen haben, einzuladen und anzufragen sind?**

**SPÖ:** Ja.

**FPÖ:** Dies ist zweifelsohne eine gute Idee, wobei dies selbstverständlich auch für Vertreter des Blinden- und Sehbehindertenverbands Steiermark (BSVSt) gelten müsste.

**NEOS:** Keine Antwort erhalten.

**GRÜNE:** Wir Grüne setzen uns stets für Werte wie Gleichstellung und Gleichberechtigung ein. Daher ist es für uns auch natürlich ein Anliegen, Interessen und Anliegen der Gehörlosenvereine im Landtag zu vertreten und zu unterstützen. Wir werden uns auch weiterhin dafür einsetzen, jeglichen Formen der Benachteiligung von Menschen mit Beeinträchtigungen undbesonderen Bedürfnissen entgegenzuwirken und natürlich auch dazu Experten und Expertinnen der jeweiligen Fachbereiche zur Beratung heranziehen.

**KPÖ:** Ja.

**11. die Möglichkeit an der kulturellen Teilhabe durch den Einsatz und die Finanzierung von Gebärdensprachdolmetschkosten bei öffentlichen Veranstaltungen besteht?**

**SPÖ:** Ja.

**FPÖ:** Wir werden diesen Wunsch gerne an Kulturlandesrat Christopher Drexler bzw. an seinen Nachfolger herantragen.

**NEOS:** Keine Antwort erhalten.

**GRÜNE:** Das Recht auf Information, das Recht auf Bildung sowie auch das Recht am kulturellen Leben der Gemeinschaft frei teilzunehmen zu können, soll durch Barrieren auf kommunikativer Ebene nicht eingeschränkt werden. Wir werden uns im Landtag dafür einsetzen, einen barrierefreien Zugang für gehörlose bzw. gehörbeeinträchtigte Menschen zu öffentlichen Veranstaltungen zu schaffen und dabei die Finanzierung der Gebärdensprachdolmetschung durch das Land Steiermark zu unterstützen.

**KPÖ:** Ja.

## **12. die Sicherstellung einer Gebärdensprachdolmetschung in allen Krankenanstalten in der Steiermark gewährleistet wird?**

**SPÖ:** Ja.

**FPÖ:** Wir werden diesen Wunsch gerne an die KAGes bzw. an Gesundheitslandesrat Christopher Drexler bzw. an seinen Nachfolger herantragen.

**NEOS:** Keine Antwort erhalten.

**GRÜNE:** Angesichts der Tatsache, dass in Österreich rund 500.000 Menschen mit einer Hörbehinderung leben, ist die Anzahl der Krankenhäuser mit Ambulanzen speziell auch für gehörbeeinträchtigte Menschen verhältnismäßig gering. Derer gibt es in Österreich nämlich lediglich drei: in Wien, Linz und Graz. Eine barrierefreie Kommunikation ist vor allem im Gesundheitswesen unabdinglich, um genaue Diagnosen stellen und Komplikationen verhindern zu können. Dass eine solche Kommunikation auch garantiert werden kann, muss sichergestellt werden, dass in allen Krankenanstalten Personal mit ÖGS-Kompetenzen unmittelbar herangezogen werden kann.

Wir Grüne fordern einen (sprach-)barrierefreien Zugang zu Behandlungen in Krankenhäusern und damit eine garantierte Gebärdensprachdolmetschung im Bedarfsfall in allen steirischen Krankenanstalten.

**KPÖ:** Ja.

## **13. der barrierefreie Zugang zur europäischen Notrufnummer 112 via SMS in Österreich hergestellt wird? ( → siehe Informationen)**

**SPÖ:** Ja.

**FPÖ:** Wir werden die Möglichkeiten des Landes Steiermark in dieser Frage eruieren.

**NEOS:** Keine Antwort erhalten.

**GRÜNE:** Auch zuvor im Nationalrat haben sich die Grünen bereits für die Schaffung eines barrierefreien Notrufs eingesetzt und immer wieder Anträge diesbezüglich eingebracht. Mittlerweile gibt es bereits eine leicht zu bedienende App-Lösung (Projekt DEC112 - Deaf Emergency Call 112) im Echtbetrieb, über welche der Notruf-NÖ als Leitstelle Notrufe aus ganz Österreich entgegennimmt und entsprechende Hilfe in die Wege leitet. Derzeit fehlen jedoch noch Rahmenbedingungen für einen bundesweiten Betrieb von DEC112 unter Einbezug aller Leitstellen der Bundesländer und vor allem eine Sicherstellung der Finanzierung. Wir Grüne wollen uns im Landtag dafür einsetzen, dass zusätzlich zu bereits vorhandenen App-Lösung endlich jede und jeder in einer Notlage die Möglichkeit haben soll, einen Notruf abzusetzen -auch per SMS.

**KPÖ:** Ja.

**14. die Möglichkeit der Weiterbildung, egal ob beruflich oder privat, inkl. der Finanzierung der Gebärdensprachdolmetschkosten sichergestellt ist?**

**SPÖ:** Ja.

**FPÖ:** Finanzielle Unterstützungen für Weiterbildungen in diesem Bereich sind eine begrüßenswerte Maßnahme.

**NEOS:** Keine Antwort erhalten.

**GRÜNE:** Das Recht auf Bildung beinhaltet stets auch das Recht darauf, sich adäquat weiterbilden zu können. Eine Übernahme des finanziellen Mehraufwandes durch das Land Steiermark für eine barrierefreie Teilnahme an jeglichen Fortbildungsseminaren und Weiterbildungsveranstaltungen in Form von Gebärdensprachdolmetschkosten, werden wir Grüne im Steirischen Landtag natürlich voll und ganz unterstützen.

**KPÖ:** Ja.

***Die oben stehenden Antworten zur Landtagswahl in der Steiermark sind auf der Website und der Facebook-Seite des Steirischen Landesverbandes der Gehörlosenvereine im ÖGLB auch in Gebärdensprache (siehe Videos) verfügbar.***